



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

erzieherischer Mißerfolg. Und woran hat es gelegen? Daran, woran es oft liegt, wenn etwas schief geht, daß wir Menschenkinder, wenn wir einmal ein Tümdlein gemacht haben, sogleich tun, als hätten wir Himmel und Erde entdeckt. Kann man denn Menschenseelen ergründen und einhegen? Kann man denn Gedanken im Neze fangen? Ist man denn seines Erfolges sicher, wenn man Erinnerungen auslöschen und Vorstellungen einimpfen will? Und ist nicht zuletzt die Natur stärker als die Heugabel?



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 26. April 1908

(Der Frankfurter Parteitag der Freisinnigen Vereinigung und die Abspaltung der Gruppe um Barth. Der neue Hardenprozeß. Das Ost- und Nordseeabkommen.) — (Zur Tabaksteuerfrage.)

Der Wahlverein der Liberalen, dessen parlamentarische Vertretungen den Namen der „Freisinnigen Vereinigung“ führen, hat in der letzten Woche seinen Parteitag zu Frankfurt a. M. abgehalten. Bei dieser Gelegenheit hat sich vollzogen, was schon seit längerer Zeit im Werke war, die Abbröcklung der kleinen Gruppe, die sich um Dr. Theodor Barth und die ehemals nationalsozialen Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung scharte. Die Gruppe spielte auf dem Parteitage ein hohes Spiel. Sie ließ das Schicksal nicht dulnd über sich kommen, sondern ergriff die Initiative, um ihre Fraktionsgenossen mit energischem Griff in ihre Bahnen hinüberzureißen. Man hatte kühnlich einen Antrag gestellt, der nichts Geringeres bedeutete als ein Mißtrauensvotum gegen die Mehrheit des Wahlvereins der Liberalen oder mindestens ihre parlamentarische Vertretung, und als der Abgeordnete Schrader diese wahre Bedeutung des gestellten Antrags kurz kennzeichnete, kam aus dem Kreise der Antragsteller die stolze Antwort, daß sie ihrerseits die Verwerfung des Antrags als ein Mißtrauensvotum der Versammlung empfinden und daraus die vollen Konsequenzen ziehen würden. Es geschah, was kommen mußte. Die Versammlung lehnte den ominösen Antrag, der die Abstimmung der Reichstagsfraktion der Freisinnigen Vereinigung über den Paragraphen 7 des Vereinsgesetzes tadeln sollte, mit großer Mehrheit ab, und nun blieb dem Häuflein um Barth nichts andres übrig, als wirklich in der angekündigten Weise die Konsequenzen zu ziehen, d. h. zunächst aus dem Wahlverein der Liberalen auszutreten.

Sind das nun wirklich die „vollen“ Konsequenzen, von denen vor der Abstimmung die Rede war? Zunächst ist es doch nur die erste Hälfte dessen, was geschehn soll, der negative Teil. Die Herren haben mit ihrem Austritt bekundet, was sie nicht wollen. Aber was sie wollen, das ist vorläufig noch recht unklar. Die alte Wohnung ist verlassen, aber die neue noch nicht gemietet, und ob die Mittel reichen, ein neues Haus zu bauen, ist recht zweifelhaft. Man weiß auch nicht recht, worauf sich eine etwa neu zu gründende Partei stützen sollte. Dazu mangelt es den Gründern dieser „Sezession“ viel zu sehr an positivem Inhalt. Es sind eben politische Obdachlose, die zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie umherirren, ohne zunächst festen Fuß fassen zu können.

Vor allem fehlt jede Übersicht, was eigentlich hinter der Gruppe steht, die soeben ihre Beziehungen zu der Partei, der sie bisher angehörte, gelöst hat. Als

Delegierter auf einer Parteiversammlung oder als Mitglied einer parlamentarischen Fraktion hat der einzelne Politiker seinen vollen prozentualen Anteil an dem Gesamtgewicht der Partei, die er mit vertritt. Wenn eine offizielle Parteiversammlung von dreihundert Mitgliedern — um eine ganz willkürlich gewählte Zahl zu nennen — besucht ist und hundert Mitglieder einer solchen anerkannten Parteivertretung eine abweichende Meinung äußern, so hat das eine unleugbare Bedeutung für die ganze Partei, die unter dem Eindruck steht, daß sich ein Drittel ihrer gewissermaßen offiziellen Vertretung von den andern zwei Dritteln in einer bestimmten Frage getrennt hat. Sobald aber diese hundert Mitglieder aus der Parteiorganisation förmlich ausscheiden, können sie nicht mehr ohne weiteres als Vertreter eines entsprechenden Bruchteils der Partei gelten, sondern es sind zunächst nur hundert Leute, die anderer Meinung sind. Ob sich eine entsprechende Partei hinter sie stellt, das muß abgewartet werden. Möglich ist es natürlich, daß sich eine starke Gefolgschaft um sie sammelt, aber einstweilen können aus den Vorgängen auf dem Parteitage noch gar keine Schlüsse gezogen werden.

Eine gewisse Wahrscheinlichkeitsrechnung läßt sich allerdings anstellen. Sie liefert jedoch kein Ergebnis, das für das Häuflein der Sezession besonders verheißungsvoll wäre. Über Zahl und Namen der aus dem Wahlverein der Liberalen ausgeschiedenen liegt noch der Schleier des Geheimnisses; man kennt bis jetzt nur die wenigen Namen, die in der letzten Zeit viel von sich reden gemacht haben. Wir betonen absichtlich: es sind Namen, nicht etwa Führer. Diese Bezeichnung kann allenfalls nur Dr. Theodor Barth beanspruchen, dem auch der schärfste Gegner zugestehn kann, daß ihm seine parlamentarische Erfahrung und der Umfang seiner bisherigen Tätigkeit für die Partei, zu der er sich bekannt hat, vor allem aber eine immer zum Ausdruck gebrachte, bestimmte politische Willensrichtung eine Führerrolle gesichert haben. Aber die Herren von Gerlach, Potthoff und Breitscheid kann man wohl kaum als „führende“ Persönlichkeiten gelten lassen. Wir beabsichtigen mit dieser Feststellung keine persönliche Herabsetzung, sondern wollen nur damit etwas Charakteristisches feststellen, was uns für die Beurteilung des recht bedeutsamen und vielleicht folgenreichen Vorgangs, von dem wir hier sprechen, wichtig scheint. Der Begriff eines politischen Führers setzt voraus, daß jemand gleichgestimmte Massen um sich zu sammeln vermag. Dazu gehören scharf umrissene politische Charaktere, deren Meinungen wie bekannte und weithin sichtbar aufgerichtete Wahrzeichen wirken, und denen eine gewisse Art von Einseitigkeit nicht fremd sein darf. Leuten aber, deren Subjektivismus niemals über eine allgemeine politische Grundstimmung hinauskommt, sich niemals zu einem stetigen und abgegrenzten Willen entwickelt und insolgedessen auch niemals in einer Partei ein dauerndes Wirkungsfeld, sondern immer nur Anlehnung und Unterschlupf findet — solche Leute werden, so sehr sie auch als fleißige Redner in Versammlungen und Parlamenten, als tätige Mitarbeiter der Presse bekannt sein und im Vordergrund stehen mögen, doch keine rechten politischen Führer sein. Sie schillern in allen Farben; ihr schrankenloser Individualismus spielt ihnen immer wieder einen Streich, und deshalb werden sie regelmäßig die Verderber der Parteiorganisationen, denen sie sich anschließen. Dabei sind es im Grunde Männer von Talent und Wissen, aber ein politischer Charakterfehler macht sie zu Verkörperungen der Disziplinlosigkeit. Eine bekannte, halb scherzhafte Redensart behauptet zwar, daß Politik den Charakter verdirbt, aber das ist nicht wahr; im Gegenteil, Politik fordert Charaktere. Es ist nichts so bezeichnend, als daß sich Friedrich Naumann diesmal so offenkundig von den Genossen früherer Kampftage im Nationalsozialen Verein getrennt hat. Naumann ist eben ein politischer Charakter, darum hat er zuletzt

doch die Erkenntnis gewonnen, daß man politische Dinge nicht nach Art der Eigenbröbler meistern kann, indem man die eigne Individualität dem Weltlauf entgegenstellt und ihr eine Rolle zuweist, die nur selten einmal dem Genie vergönnt ist. Politisch steht mehr als jedes andre Geschäft unter der Devise: „Ich dien“, und es ist auch starken Willensmenschen nicht immer möglich, sich so durchzusetzen, wie sie gern möchten. Nur wo die Massen schon von einem gemeinsamen Empfinden und Sehnen erfaßt sind, vermag eine Persönlichkeit, die der Masse den Puls zu fühlen und ihre unbestimmten Regungen durch Überlegenheit und Harmonie im Denken und Wollen in einen klaren und starken Willen umzusetzen versteht, eine beherrschende Stellung zu gewinnen. Das ist bei uns wegen der Eigenart unsers Volks und unsrer Verhältnisse beinahe unmöglich, wo nicht irgendeine besondere Autorität noch hinzukommt. Aber ganz ausgeschlossen ist es selbst für eine hochbegabte Persönlichkeit, nur mit neuen Ideen eine Volksbewegung hervorzurufen oder eine schon vorhandene in andre Bahnen zu lenken. Raumann hat diese Erfahrung nun reichlich gemacht und fängt jetzt an, anders als bisher mit gegebenen Größen zu rechnen, ohne seinen politischen Idealen untreu zu werden. Vielleicht wäre er früher dahin und im ganzen weiter gekommen, wenn er damals, als er von der Kanzel in die politische Arena stieg, mit seinem reichen Geist und seinem warmen Herzen nicht in den Bannkreis der politischen Irrlichter geraten wäre, die ihn solange umtanzten, und von denen er, wie es scheint, jetzt glücklich losgekommen ist.

Herr Barth denkt, wie er sich kürzlich ausgesprochen hat, selbst nicht daran, an die Gründung einer neuen Partei zu gehn. Aber er wird eine eifrige Werbetätigkeit für die Richtung entfalten, in der er das Heil des Liberalismus sieht. Für ihn liegt die Zukunft des Liberalismus in der Energie, mit der die konservativen Kräfte und Regungen im Staatsleben — alles, was in der Kunstsprache des politischen Agitators mit dem Worte „Reaktion“ zusammengefaßt wird, und wobei sich jeder politisch Halbgebildete nach Belieben vorstellen kann, was ihm zufällig irgendwie widerwärtig ist — niederkämpft werden. Zu diesem Kampfe braucht er die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokratie, und so verweist sich für ihn alles Gegenwärtige, was zwischen Liberalismus und Sozialismus liegt. Es stört ihn auch nicht weiter, daß die Sozialdemokratie ihrerseits diese Gemeinschaft zurückweist und nicht müde wird, zu predigen, daß die Sozialdemokratie für sich allein der homogenen Masse der bürgerlichen Parteien gegenübersteht, und daß auch Herr Theodor Barth und die Seinen schlechte und rechte Anhänger der kapitalistischen Weltanschauung sind. Herr Barth aber stellt sich auf den Standpunkt: „Wenn ich dich liebe, was gehts dich an?“ Er wird sich nicht abschrecken lassen, die Verbrüderung mit der Sozialdemokratie wie bisher weiter zu betreiben. Eben jetzt jedoch ist im Liberalismus sehr stark das Bewußtsein erwacht, welche Kluft ihn von der sozialistischen Anschauung trennt. Die Ausscheidung der Gruppe um Barth war also eine Notwendigkeit.

Damit ist zugleich die Schranke zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung so morsch geworden, daß sie wohl über kurz oder lang einmal fallen wird. Noch denkt man freilich nicht daran, die Trennung der beiden Fraktionen und Parteirichtungen formell aufzuheben, aber es würde tatsächlich keinen Sinn haben, sie noch allzulange fortzusetzen. Ein geschichtlicher Rückblick zeigt noch deutlicher, wie wenig im Grunde die Parteiprinzipien selbst und wieviel dafür die Parteitaktik Anteil an dieser Trennung hatte. Einst stand die Freisinnige Vereinigung oder vielmehr die Politikergruppe, aus der die jetzt so bezeichnete Fraktion hervorgegangen ist, rechts von der Freisinnigen Volkspartei als eine Art von Bindiglied zwischen dieser und den Nationalliberalen. Später steht sie auf der andern Seite des alten Freisinn, gewissermaßen ein Übergang vom Freisinn zur Sozial-

demokratie. Einst waren die Angehörigen der Freisinnigen Volkspartei die starren Prinzipienmänner, während die Freisinnige Vereinigung die opportunistische Richtung darstellte. Jetzt ist es umgekehrt. Und ebenso gab es eine Zeit, wo die Gesinnungsgenossen des Dr. Barth die Kerntruppe des Manchesterturns bildeten; jetzt steht diese Gruppe in ihren sozialpolitischen Anschauungen der Sozialdemokratie am nächsten. Das sind scheinbar unverständliche Wandlungen, die sich doch bei näherer Kenntnis sehr leicht aus dem Verlauf der politischen Entwicklung erklären. Der äußere Hergang war bekanntlich der, daß sich im Jahre 1880 infolge der Bismarckischen Wirtschaftspolitik aus der großen nationalliberalen Partei die Gruppe der Sezessionisten löste, die sich dann 1884 mit der alten Fortschrittspartei zu der deutschfreisinnigen Partei verschmolz. Diese Partei fiel aber im Jahre 1893 wieder in die Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung auseinander, weil die Mitglieder der ehemaligen Sezessionistenpartei bei der Abstimmung über die Militärvorlage ihre nationalliberale Vergangenheit nicht verleugnen konnten und wollten. Wenn aber bei dieser Gelegenheit — wie auch später bei Heer- und Flottenfragen — die Volkspartei prinzipienstarr, die Vereinigung opportunistisch erschien, so lag das mehr an den Persönlichkeiten und der geschichtlichen Entwicklung der Umstände als an dem innern Wesen der Parteien. Denn die jetzige Freisinnige Vereinigung mit ihren frühern Gestalten umfaßte von jeher die Elemente, deren Liberalismus weniger in reinpolitischen als in wirtschaftlichen Überzeugungen wurzelte. Diese Überzeugungen führten sie, als ihnen nach 1866 die Ziele von Bismarcks deutscher Politik klar geworden waren, in der Zeit der Begründung und des ersten Ausbaus der deutschen Einheit zu begeisterter Mitarbeit an Bismarcks Werk und im Schwunge dieser Begeisterung auch zu stärkerer Betonung des nationalen Elements in ihrem Liberalismus. Das drückte sich in ihrem Anschluß an die Nationalliberalen aus, im Gegensatz zu den Fortschrittlern, die die Sache des Liberalismus nur in der Erklämpfung reinpolitischer Errungenschaften fördern zu können glaubten. Mit einer neuen Wendung der Wirtschaftspolitik wurde auch die Sezession zur Notwendigkeit, die dann bald darauf die Vereinigung mit der Fortschrittspartei unter der Fahne des entschiednen Liberalismus ermöglichte. Aber immer lag die Eigenheit dieser politischen Gruppe darin, daß sie ihren Schwerpunkt auf wirtschaftlichem Gebiete fand. Und dadurch wurde sie auch leichter als die Gruppe der alten Fortschrittler zu einer wirtschaftlichen Interessenvertretung mit ausgesprochen kapitalistischem Charakter. Es war die Partei der reichen Leute, die in dem alten Agrar- und Polizeistaat nicht genug wirtschaftliche Bewegungsfreiheit fanden, während die Ideale der bürgerlichen Demokratie um des politischen Grundgesetzes willen in der Freisinnigen Volkspartei gepflegt wurden. Daher der traditionelle Eigensinn dieser Partei in Heer- und Flottenfragen, während die Freisinnige Vereinigung gerade in diesem Punkte größeres Verständnis zeigte. Und mit diesem Wesensunterschied hängt es auch zusammen, daß die Vereinigung in sozialpolitischen Fragen radikaler wurde als die Volkspartei, die den Unterschied zwischen Liberalismus und Sozialismus stets schärfer empfand. Vom wirtschaftlichen Liberalismus zum Sozialismus ist der Schritt kleiner als vom politischen aus. Die Theorie des Freihandels, der Gegensatz gegen den Agrarstaat, die kapitalistische Abneigung gegen innere Kämpfe auf dem eignen Interessengebiet — das alles legte den Gedanken nahe: wir müssen uns mit dem Sozialismus verständigen. Aber eben die Erfahrungen, die in diesem Stadium der Dinge gemacht worden sind, haben auch wieder in beiden Richtungen des entschiednen Liberalismus zu der Erkenntnis geführt, daß es auf dem bisherigen Wege nicht geht, wenn der Liberalismus überhaupt wieder lebensfähig gemacht werden soll. Der Wahlverein der Liberalen hat die „sozialliberalen“ Demagogen, die sich an ihn gehängt hatten, wieder abgeschüttelt, und die Freisinnige

Volkspartei hat sich aus dem Bann fehlerhafter Traditionen herausgearbeitet. Das muß dahin führen, daß sich die beiden getrennten Richtungen wieder einmal zusammenfinden.

Während sich unsre innerpolitischen Verhältnisse in erfreulicher Weise klären, wälzen sich im Anschluß an die von Maximilian Harden verursachten Prozesse wieder trübe Schmutzfluten durch unsre Presse. Der neue Prozeß in München, in dem es Harden gelungen ist, eine schwere Belastung des Fürsten Eulenburg durch die Aussagen zweier Zeugen herbeizuführen, rührt wieder die ekelhaften Erörterungen auf, die man schon glücklich überwunden zu haben glaubte. Die Sache ist nach dieser letzten Wendung noch nicht genug geklärt, als daß man dazu Stellung nehmen könnte. Nur muß Einspruch dagegen erhoben werden, daß Harden jetzt, wo ihm ein Streich gelungen zu sein scheint, sofort wieder von seinen Freunden als Retter des Vaterlandes gepriesen wird. Hatte Harden wirklich von Anfang an so viel belastendes Material, wie er jetzt zu haben behauptet, und glaubte er wirklich an die vernichtende Kraft dieser Zeugnisse, dann konnte er den vorgeblichen patriotischen Zweck auch ohne den öffentlichen Skandal, den er in Szene gesetzt hat, erreichen. Der ganze Verlauf der Sache spricht aber dafür, daß ihm vieles erst zugetragen worden ist, als er seinen Feldzug schon begonnen hatte. Dann liegt aber noch weniger Grund vor, ihn wegen seines Vorgehens zu pfeifen. Der Schaden, der durch die häßliche und sensationslüsterner Behandlung dieses Falles gestiftet worden ist, wiegt viel schwerer als der vermeintliche Nutzen, der durch die Beseitigung der kompromittierten Männer aus hohen Stellungen erreicht worden ist. Und man soll doch Leuten, die Harden kennen, nicht weismachen wollen, daß dieser Mann die Wirkungen seines Vorgehens nicht ganz genau berechnet haben sollte.

Vor kurzem sind auch die beiden Abkommen über den status quo in der Ostsee und der Nordsee unterzeichnet worden. Wenn diese internationalen Verträge nicht überall besonders hoch eingeschätzt werden, so kann man sich darüber nicht wundern. Schließlich gelten alle solche Abmachungen nur so lange, als sie eben den Interessen der Beteiligten entsprechen, und deshalb schätzt man gewöhnlich nur die unter ihnen, die etwas Neues bringen und daher eine sofortige positive Ausföhrung fordern. Aber daß alles so bleiben soll, wie es ist, setzt man ungern durch einen besondern Vertrag fest, der, wenn er sich nicht von selbst versteht, doch meist gebrochen wird.

Das ist soweit ganz richtig, aber mitunter haben solche Abmachungen, so überflüssig sie auf den ersten Blick zu sein scheinen, doch einen positiven Wert. Nämlich dann, wenn über Interessen und Meinungen der beteiligten Mächte wirklich falsche Auffassungen gegenseitig verbreitet sind, und eine Klärung und Aussprache, die zu einer bestimmten Einigung und förmlichen Verpflichtung führt, schädliche Einflüsse eine Zeit lang wenigstens außer Kurs setzen kann. Die beiden Abkommen bergen verschiedene Feststellungen, deren gegenseitige Anerkennung durch alle beteiligten Mächte beruhigend wirken muß. Was die Ostsee betrifft, so erinnere man sich der künstlich verbreiteten und an Stellen, wo sie uns sehr un bequem waren, wirklich geglaubten Gerüchte, daß Deutschland die Ostsee zu einem mare clausum machen wolle, ferner der Beunruhigungen, die sich an die Unklarheiten über die Absichten Rußlands in der Frage der Befestigung der Aalandinseln knüpften. Das Ostseeabkommen, das auf Anregung Rußlands abgeschlossen worden ist, schafft doch diese Fragen so weit aus der Welt, daß sie nicht mehr zur Unterlage von vagen Beunruhigungen dienen können. Das Nordseeabkommen aber wirkt zunächst als weiteres Beruhigungsmittel zwischen Deutschland und Großbritannien, da es verschiedenen Bestrebungen und Treibereien in England tatsächlich den Boden entzieht und wenigstens für die nächste Zeit einen dicken Strich durch die nicht zu unterschätzenden Mächenschaften zieht, die auf der künstlich erregten Besorgnis wegen angeblicher Bedrohung Hollands

und Belgiens durch Deutschland beruhen. Außerdem möge man daran denken, daß die Beteiligung Frankreichs an einem durch Deutschland angeregten Vertrage auch einen gewissen Wert hat und im Sinne einer Verringerung vorhandener Spannungen wirken muß. Wir haben deshalb, ohne uns zu verhehlen, daß der Nutzen solcher Verträge leicht zu erkennende Grenzen hat, doch keine Veranlassung, sie mit solcher Geringschätzung zu behandeln, wie das von manchen Seiten geschehn ist. Denn es werden dadurch mancherlei Fragen und Stimmungen berührt, die auf die Weltlage von Einfluß sind.

Zur Tabaksteuerfrage. Bei allen Versuchen, die Finanzen des Reichs durch neue Steuern in Ordnung zu bringen, hat man in der Regel beobachtet können, daß die Interessenten, die sich durch die Steuerprojekte bedroht fühlten, nach dem Motive: „Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an!“ im Volke und in den Kreisen der Abgeordneten die Meinung zu verbreiten suchten, als sei gerade der von ihnen vertretene Erwerbszweig völlig ungeeignet, zur Minderung der Reichsfinanznot herangezogen zu werden. Wenn schon neue Steuern nötig seien, dann möge man sie bei andern suchen, nur keinesfalls bei ihnen. Wo die öffentlichen Interessen bleiben, wenn jeder, sobald es sich ums Zahlen handelt, mit Fingern auf den andern weist, davon ist freilich dabei nicht die Rede gewesen.

In dieser Richtung hat sich von jeher der Deutsche Tabakverein besonders hervorgetan, dem es auch vor drei Jahren geglückt ist, die der gesamten Tabakindustrie damals zuge dachte Steuererhöhung für den Hauptteil der Industrie abzuwehren; gegen die Abschiebung eines Teiles der Mehrbelastung auf den unbequemen Konkurrenten, die Zigarettenindustrie, hatte er freilich nichts einzuwenden.

Schon die Möglichkeit, daß die Zigarrenbanderolesteuer unter den Steuervorschlägen der Reichsregierung im Spätjahre wieder erscheinen könnte, läßt den Tabakverein bereits wieder mobil machen. Es werden Versammlungen der Bezirksvereine organisiert, mit der Aufgabe, die Reichstagsabgeordneten zu „bearbeiten“, und Anfang Mai findet eine außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Tabakvereins in Berlin statt, die dem Reichstage selbst zu imponieren bestimmt ist. Wir teilen unsern Lesern ein hierauf bezügliches Zirkular des Vorstandes des Deutschen Tabakvereins vom 2. April d. J. mit und machen dabei besonders auf die gesperrt gedruckten Zeilen aufmerksam, die einerseits die Art der Kampfesweise kennzeichnen und andererseits die bemerkenswerte Bestätigung enthalten, daß sich auch in den Reihen des Tabakgewerbes Leute finden, die eine höhere Besteuerung des Tabaks für angängig halten. Wie es überhaupt möglich sein soll, Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen, wenn nicht einmal so völlig entbehrliche Genußmittel wie der Tabak, die im Auslande Hunderte von Millionen zu den Staatsausgaben beitragen, in Deutschland von der Steuer nicht weiter getroffen werden dürfen, darüber machen sich die Herren wenig Sorge. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

„Bei Gelegenheit der Sitzungen des deutschen Handelstags in Berlin hat eine Besprechung von Mitgliedern des Vorstandes und der Denkschriftskommission unsers Vereins stattgefunden, in welcher es für nötig erachtet wurde, sofort eine Eingabe, betreffend die Lage des deutschen Tabakgewerbes und die Tabaksteuerfrage, an den Reichstag und an den Bundesrat zu richten.

Sie erhalten in der Anlage einen Abdruck dieser Eingabe zur gefälligen Kenntnisnahme. Vor Schluß der Reichstagsession, aber vermutlich erst nach stattgehabter preussischer Landtagswahl, werden Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Blockparteien über die Grundlagen der im Herbst dem Reichstage vorzulegenden Reichsfinanzreform stattfinden. Wir glauben Grund

zu der Annahme zu haben, daß bei richtigem Vorgehen unsrerseits eine höhere Belastung des Tabaks in diese Finanzreform nicht aufgenommen werden wird. Zu dem Behufe wird es allerdings nötig sein, daß die Reichstagsabgeordneten von Tabakinteressenten ihres Wahlkreises vor Beginn dieser Verhandlungen besucht werden, um ihnen die gegen die höhere Belastung des Tabaks sprechenden Gründe vorzutragen. Es ist deshalb für die Zeit nach Wiederzusammentritt des Reichstags nach den Osterferien eine außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Tabakvereins in Berlin in Aussicht genommen, welcher Versammlungen in den einzelnen Abteilungen vorausgehn sollen. Verhandlungen wegen der Festsetzung dieser Abteilungsversammlungen finden soeben mit den Vorsitzenden der Abteilungen statt. Weiteres wird Ihnen in einigen Tagen mitgeteilt werden.

Wir bitten Sie dringend, sich für die auf diese Weise in die Wege geleitete Abwehrtätigkeit zur Verfügung zu stellen und an den oben erwähnten Versammlungen teilzunehmen, auch dafür nach Kräften besorgt zu sein, daß nicht nur die übrigen Mitglieder unsers Vereins, sondern auch solche Kollegen, welche dem Verein nicht angehören, als Gäste zu den Abteilungsversammlungen erscheinen. Es ist uns mitgeteilt worden, daß fortgesetzt diesem oder jenem Reichstagsabgeordneten von Tabakinteressenten gesagt wird, der Tabak könne oder müsse höher besteuert werden, da man nur auf diese Weise zu bessern Preisen kommen könne. Daß eine solche Auffassung der Tabaksteuerfrage eine vollständig verfehlte ist, und daß dabei an die schweren Verluste und an die Erschütterung der Existenz der meisten unser Kollegen in der Übergangszeit nicht gedacht wird, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Selbst derjenige, welcher der unseres Erachtens unter allen Umständen irrigen Meinung ist, daß ihm eine Erhöhung der Steuer auf die Dauer nicht schaden könne, begeht Verrat am deutschen Tabakgewerbe, wenn er diesem Gedanken einem Abgeordneten gegenüber Ausdruck verleiht. Wir fügen deshalb die weitere Bitte hinzu, im Kreise Ihrer Kollegen solchen Gedanken mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, um zu verhüten, daß schließlich unsre durchaus aussichtsreiche Abwehr aus solchem törichtem Vorgehen erfolglos wird.“

Vom Flottenverein. Durch die meisten Blätter ging kürzlich eine, wie es hieß, der Deutschen Journalpost entnommene Mitteilung, nach der die Sitzung des Gesamtvorstandes des Flottenvereins am 12. erregt verlaufen sei, und es nunmehr zu einer Spaltung im Verein kommen werde.

Wie wir aus guter Quelle erfahren, ist diese Meldung durchaus unrichtig.

Die von etwa 70 bis 80 Herren besuchte Versammlung im Hotel de Rome zu Berlin verlief im Gegenteil sehr ruhig, die Verhandlungen waren sachlich und von durchaus versöhnlichem Geiste getragen.

Die dort gefaßten und vom geschäftsführenden Ausschuss der Presse übermittelten Beschlüsse lauteten bekanntlich:

1. Gemäß Paragraph 2 seiner Satzungen ist der Deutsche Flottenverein ein Verein, der zwecks Schaffung einer starken Flotte vaterländische Aufgaben zu verfolgen hat und über den Parteien und Konfessionen steht.

2. Nachdem die drei anwesenden Mitglieder des alten Präsidiums die Erklärung abgegeben hatten, daß sie unter den jetzigen Verhältnissen eine Wiederwahl nicht annehmen könnten, wurde der Antrag der Thüringer Landesverbände auf Wiederwahl des alten Präsidiums abgelehnt und eine Kommission zur Vorbereitung der Wahl eines neuen Präsidiums gewählt.

Was mit dem ersten Satz gemeint wird, ist vielleicht nicht ohne weiteres verständlich, gewinnt aber sofort Bedeutung, wenn man sich erinnert, welchen breiten

Raum in den frühern Hauptversammlungen des Vereins die Erörterungen über die Frage „politisch“ oder „nicht politisch“ und „was bedeutet politisch“ eingenommen haben.

Wer die alten Sprachen kennt, weiß, daß auch heute das Wort nicht anders ausgelegt werden kann als in der Bedeutung: wer sich mit den öffentlichen Angelegenheiten des Staatslebens befaßt, treibt Politik.

Wenn in frühern Resolutionen der Verein ausdrücklich als „unpolitisch“ = nationaler bezeichnet wurde, so hatte das seine besondern Gründe; es hatte dies aber auch eine gewisse Berechtigung, über die man sich klar wird, wenn man an das damals geltende Vereinsgesetz denkt.

Der Streit darüber, ob der Verein ein politischer oder unpolitischer ist, und ob er sich dementsprechend bezeichnen soll, wird aus der Welt geschafft, wenn man dieses Wort einfach vermeidet.

Seit kurzem ist das neue Vereinsgesetz angenommen, und so fällt auch die letzte Rücksicht fort, in Beschlüssen oder Satzungen dem Verein ausdrücklich einen bestimmten Charakter zuzusprechen.

Schließlich sollte man doch bedenken, daß in der Praxis, im Leben, der Richter und die sonst zuständigen Behörden vorkommendenfalls darüber werden zu befinden haben, ob sie den Verein als einen politischen oder unpolitischen betrachten wollen.

Wenn die Antragsteller, die das Wort nationalpolitisch in den Satzungen lesen wollen, damit beabsichtigen, die künftige Tätigkeit des Vereins zu charakterisieren, so muß man ihnen entgegenhalten, daß es mehr auf die Handhabung eines Gesetzes als auf den Buchstaben ankommt, auf den Geist, der darin wohnt. Und in dieser Beziehung läßt die alte Fassung des Paragraphen 2 nichts zu wünschen übrig. Der Verein kann die Gesinnung, die ihn beseelt, in der Wahl des neuen Präsidiums zum Ausdruck bringen.

Wir sind auf die Erwiderung gefaßt: „Dann wollen wir das alte Präsidium!“

So sehr auch der Rücktritt des bewährten alten Präsidiums von verschiedenen Gesichtspunkten aus auf das schmerzlichste zu bedauern ist und auch von uns bedauert wird, fragen wir uns doch ernstlich: sollte nicht ein neues Präsidium zu finden sein, das die Aufgaben des alten um so leichter zu erfüllen imstande ist, da ihm nicht von vornherein scharfe Voreingenommenheit entgegentritt?

Es ist von der Kasseler Tagung her bekannt, welche und wieviele persönlichen Verstimmungen in den Ereignissen eine Rolle gespielt haben.

Diese zu beseitigen, die Bahn freizumachen zur friedlichen Weiterentwicklung des Vereins, hat das alte Präsidium sein Amt niedergelegt. Soll nun dieses Opfer vergeblich gebracht sein?

Uns scheint es, gerade die Treue, die Anhänglichkeit für das alte Präsidium sollte es seiner Gefolgschaft verbieten, die Tat als überflüssig hinzustellen, und es zeugt von wenig Achtung vor dem Entschluß, der den Herren nicht leicht gefallen ist, wenn man ihn zu widerrufen trachtet.

Überdies ist es mehrfach, und nicht nur von den drei in der Versammlung anwesenden Mitgliedern des alten Präsidiums, bestimmt ausgesprochen worden, daß das gesamte alte Präsidium eine Wiederwahl nicht annehmen würde.

Wie soll man dann nur die Bestrebungen verstehn, die darauf hinausgehn, ein einziges Mitglied wiederzuwählen, und zwar gerade das, das den Sturz des Präsidiums verursachte, weil es nicht vermochte, seine eigne Person im Interesse des Ganzen zurücktreten zu lassen?

Man kann die Ereignisse vor Kassel und in Kassel aufs lebhafteste bedauern, man kann der treueste Anhänger des alten Präsidiums sein — wohlverstanden,

des Präsidiums, nicht eines einzelnen seiner Mitglieder —, aber wenn man sich nicht absichtlich der Erkenntnis verschließt, so muß man einsehen, daß eine Wiederwahl nicht möglich ist.

Vor allem: die Verhältnisse, die das Präsidium zur Amtsniederlegung veranlaßten, sind noch unverändert.

Dieser Erwägung hat, so scheint es, sich auch der Gesamtvorstand nicht verschließen können, um so weniger, als auch Vorgänge in Betracht zu ziehen sind, die nicht allgemein bekannt geworden sind.

Wenn es, wie vereinzelt in der Tagespresse verlautete, Strömungen gibt, die den Verein auflösen und einen neuen politisch-agitatorischen gründen wollen, der sich seiner Natur nach gegebenenfalls auch in den Kampf der Parteipolitik mischen muß, so ist zweierlei zu bedenken.

Nationale Wahlen sicherzustellen — dieses Ziel verfolgt seit Jahren der Reichswahlverband; wer das will, braucht sich diesem Verbands ja nur anzuschließen.

Wer aber einen Flottenverein auflösen und einen andern Flottenverein gründen will, scheint zum mindesten einen Punkt außer acht zu lassen.

Die sogenannte „Krisis“ im Flottenverein hat weitgehende Mißstimmung erzeugt, nicht zum mindesten im Verein selbst.

Der Verein verteilt sich mit seinen mehr als 3000 Ortsgruppen zum größern Teil auf die ländliche Bevölkerung und die kleinen Städte.

In den meisten Orten, zumal den weiter abgelegnen, hat man nicht so viel Interesse am Streit genommen, daß man sich über Anfang, Schuld oder Nichtschuld der Parteien unterrichtet hätte.

Man ist aber verstimmt über die Mißhelligkeiten, und wer noch nicht aus dem Verein ausgetreten ist, wünscht möglichst baldigen Frieden und Beseitigung des Unerquicklichen.

Wenn es nun zur Auflösung kommt, und sich die große Masse der Mitglieder plötzlich in der Lage sieht, dem einen Verein nicht mehr anzugehören, einem andern beitreten zu sollen, alles nur infolge einiger Vorgänge, die nicht näher bekannt, aber unerquicklich waren — so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die meisten, in ärgerlicher Stimmung, von solcher Mitgliedschaft überhaupt nichts werden wissen wollen.

Ein Heerführer darf bedingungslos über seine Truppen verfügen, mit der Gefolgschaft freier Bürger in einem Verein und mit der Anhängerenschaft einer beliebigen Persönlichkeit ist es ein ander Ding.

Die der Öffentlichkeit übermittelte Notiz des geschäftsführenden Ausschusses über die Berliner Vorstandssitzung des Flottenvereins ist kurz, aber inhaltlich schwer.

Wir entnehmen daraus, daß es gelungen ist, über die schwebenden persönlichen und sachlichen Streitfragen Einigung zu erreichen; eine Kommission, der Mitglieder aller Parteien angehören, ist ernannt worden, um die Neuwahl eines Präsidiums vorzubereiten. Es steht zu hoffen, daß die geeigneten Männer gefunden werden, und es hat allen Anschein, daß nun das stolze Schiff des Flottenvereins den Kurs aufnehmen wird, den zu steuern sein altes Präsidium ihm durch seine hochherzige Tat ermöglicht hat.

Die Weltwirtschaft. Ein Jahr- und Lesebuch. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute herausgegeben von Dr. Ernst von Halle, Professor an der Universität Berlin, Wirklichem Admiraltätsrat. 2. Jahrgang 1907. 2. Teil: Deutschland. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner, 1907. Preis 4 Mark.

Den zweiten Teil des unsern Lesern hinlänglich empfohlenen Jahrbuchs eröffnet eine einleitende Übersicht der innern und äußern Wirtschaftspolitik von Dr. Gustav

Koloff, in der die Marokkopolitik, die im Laufe des Berichtsjahrs abgeschlossenen Handelsverträge, die Entwicklung der Kolonialgebiete, die Tarifverträge, die Regelung der Schifffahrtsabgaben, die Reichssteuerreform sowie wirtschaftspolitische Maßregeln Preußens und einiger andern Einzelstaaten kurz behandelt werden. Über die Wendung in der Kolonialpolitik, die Ende 1906 eingetreten ist, wird gesagt: „Im großen Publikum war es *communis opinio*, daß sich das deutsche Kapital von den Kolonien fernhalte, und daß die wirtschaftlichen Unternehmungen in den Kolonien mit wenigen Ausnahmen durch Reichsmittel betrieben würden; daher rührte die Meinung, daß die Kolonien zum größten Teil wertlos seien, und diese Stimmung wirkte auf den Reichstag zurück. Die Kolonialverwaltung erwarb sich das Verdienst, durch genaue Untersuchung und Darlegung der kolonialen Unternehmungen den Nachweis zu führen, daß das deutsche und das ausländische Privatkapital die deutschen Kolonien keineswegs gescheut habe, daß vielmehr das in den Kolonien investierte Privatkapital die dort angelegten Reichsmittel übertreffe: etwa 70 Millionen Mark fiskalische Mittel und fast 300 Millionen Mark deutsches Privatkapital stellte eine Denkschrift des Kolonialamts fest, und dazu kommt noch das ziffermäßig nicht zu berechnende ausländische Kapital.“ Daß sich auf die reichlichen Auskünfte, die die Spezialabhandlungen darbieten, nicht allein der Theoretiker und der Beamte, sondern auch der Gewerbetreibende, der Kaufmann und der Landwirt verlassen kann, dafür bürgen die Namen und die Berufsstellungen der Verfasser. Um nur einige von den 35 anzuführen — es behandeln: die Landwirtschaft Dr. W. von Altrock, Generalsekretär des Kgl. preußischen Landes-Ökonomikollegiums; den Bergbau Dr. E. Züngst vom Bergbaultichen Verein in Essen; die Kleineisenindustrie Dr. Ernst Boye, Handelskammersekretär in Hagen i. W.; den Maschinenbau der Ingenieur E. Werner; die Elektrotechnik Professor E. Budde in Berlin; Kraftwagen Ingenieur Dr. Fritz Guth in Berlin; die chemische Industrie Dr. Richard Brauer, Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands; Seide Professor Paul Schulze, Konservator der Königlichen Gewebesammlung; Baumwolle Dr. Lochmüller, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Baumwollgarikonjumenten; Spielwaren Professor Dr. Anschütz, Syndikus der Handels- und Gewerbelammer in Sonneberg; die Zuckerindustrie Dr. Albert Bartens, Redakteur der „Deutschen Zuckerindustrie“ in Berlin; Konfektion Dr. jur. Kurt Weinberg, Redakteur des „Konfektionär“; das Bauwesen Dr. Andreas Voigt, Professor an der Handelshochschule in Frankfurt a. M. Auch die Bank-, Kredit- und Gründungsverhältnisse sowie die Organisationen der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter werden in besondern Artikeln behandelt. Im Vorwort wird bemerkt, daß die Landwirtschaft auf allseitigen Wunsch viel ausführlicher dargestellt worden ist als im ersten Jahrgang, und daß die Automobilindustrie, die Feinmechanik und die Eisenbahnen neu aufgenommen worden sind.

Goethe im Gespräch. Unter diesem Titel haben Franz Deibel und Friedrich Gundelfinger im Insel-Verlag zu Leipzig eine Sammlung von Gesprächen Goethes herausgegeben, die allerdings schon 1906 erschienen ist, die wir aber mit Stillschweigen zu übergehen für eine Unterlassungssünde halten würden. Das Buch beabsichtigt nicht, der bekannten verdienstvollen Publikation Woldemar von Biedermanns Konkurrenz zu machen, es richtet sich schon wegen des wohlfeilen Preises (6 Mark für das geheftete, 8 Mark für das in Leder gebundene Exemplar) an ein viel größeres Publikum, bringt nur Gespräche mit Goethe, nicht Äußerungen über ihn und verzichtet auf alles Anekdotenhafte. Leuten, die Goethe am liebsten im Schlafrock sehn und sich ihm kongenial fühlen, wenn sie von seinen kleinen menschlichen Schwächen hören, kann dieses Buch deshalb nicht empfohlen werden.

Was man darin findet, sind Aussprüche, die in irgendeinem Sinn, besonders aber im Goethischen Sinn „bedeutend“ sind, und solche, die über Goethes Beziehungen zu großen Zeitgenossen, zum Beispiel zu Schiller und Napoleon, Aufschluß geben. Von den Gesprächen mit Eckermann, die ja in zahlreichen Ausgaben verbreitet sind, ist nichts in die Sammlung aufgenommen worden. Nächste Eckermann sind Heinrich Voß, Niemer, Friedrich von Müller, Falk und Sulpius Boisseree die Männer, denen sich Goethe am freimütigsten erschloß, und deren Aufzeichnungen das wertvollste Material für die vorliegende Sammlung geliefert haben. Sie sind in der Einleitung knapp aber treffend charakterisiert: „Der junge Heinrich Voß stand zwei Jahrzehnte vor Eckermann in einem ähnlichen Jüngerverhältnis zu Goethe wie dieser, nur daß seine Hingebung noch geteilt war durch die vollständige Abhängigkeit von seinem Vater und die Verehrung für Schiller. Er war bieder und ehrlich, aber beschränkt wie der Autor der »Luisen«, eigensinnig und bestimmbar zugleich wie ein kränkliches Kind. Wie ein solches behandelte ihn Goethe auch und gab ihm nicht allzuviel von seinem eigensten Wesen, mit dem der trockne Schwärmer nichts anzufangen gewußt hätte, preis...“

„Niemer betrachtete seine Beziehung zu Goethe weniger als Erlebnis denn als Beruf. Wenn Eckermann zu dem Olympier als verehrender Schüler, als Jünger stand, so verhielt sich Niemer zu ihm etwa wie ein Beamter zu seinem Staatshaupt. Er war ein trockner, treuer, aufmerksamer, etwas galliger, nicht enthusiastischer, aber geschickter Zuhörer.“ Es ist höchst merkwürdig, daß Goethe das Bedürfnis empfand, sich gerade diesem Manne gegenüber eingehend über die Frauen auszusprechen.

Friedrich von Müller (der Kanzler) „fühlt sich als ein etwas tiefer stehender Kollege, Goethen nah genug, um sich selbst zu bewahren, und nimmt als Welt- und Geschäftsmann eine gewisse gesellige Freiheit in Anspruch, die Eckermann und Niemann sich versagten, weil die Kluft zwischen kleinen Literaten und dem Weltdichter größer war als die zwischen einem Kanzler und einem Minister. Nicht von der geistigen Seite näherte sich Müller dem Genius, sondern von der weltlichen...“

Ein apokrypher Evangelist ist Falk. „Für ihn war Goethe der berühmte Mann, seine Gespräche Ausstellungsgegenstände. Ein seelisches Verhältnis zu Goethe hatte er nicht, und ohne dies war ihm nicht möglich, auch nur Goethes Tonfall zu vernehmen. Da er aber das Bedürfnis fühlte, die Celebrität große Dinge sagen zu lassen, so dehnt er, was ihm in der Erinnerung haftete, zu langen Reden aus, die etwa so authentisch sind wie diejenigen der berühmten Staatsmänner in antiken Geschichtsschreibern...“

Ganz andre Absichten verfolgte Sulpius Boisseree. Er „kam zu Goethe gleichsam als Emissär einer andern Großmacht, der Romantik, um mit dem Weimarer Imperator zu unterhandeln. Sein lebhafter, unterrichteter, aber propagatorischer und darum etwas befangener Geist war mehr darauf aus, Goethe in das neudeutsche Kunstinteresse zu ziehen, als von Goethe zu lernen oder zu hören. Seine Konversation war darauf angelegt, den »alten Heiden« mit Verehrung und Widerspruch zu belehren und ihm romantische Äußerungen zu entlocken...“

Man wird also bei der Lektüre der einzelnen Äußerungen Goethes berücksichtigen müssen, daß sie alle von dem, der sie aufgezeichnet hat, mehr oder weniger retuschiert sind. Versteht man, die individuelle Retusche zu beseitigen, so wird man das Buch als eine wichtige Ergänzung zu Goethes Werken schätzen lernen.

J. R. H.

